



*Liebe Freundinnen und Freunde!*

*Mit diesem Newsletter möchte ich anlässlich der Bundestagswahl noch einmal die Aufmerksamkeit darauf lenken, welche grünen Projekte aus dem Bundestagswahlprogramm unmittelbar vor Ort spürbar unsere Lebensqualität verbessern können. In den Städten und Gemeinden gestalten die Bürgerinnen und Bürger ihr Zusammenleben. Dort wird Demokratie und Politik am intensivsten gelebt. Kommunale Politik trifft die Menschen unmittelbar vor ihrer Haustür. Die Kommunen sind damit wichtige Keimzellen der demokratischen Gesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements. Die Städte und Gemeinden sind es aber auch, die die Folgen einer nicht chancengerechten Bildungspolitik und einer falschen Mobilitätspolitik tragen. Deshalb soll dieser Kommunal Konkret die kommunale Dimension des „neuen grünen Gesellschaftsvertrags“ hervorheben und Euch in Eurer politischen Arbeit vor Ort unterstützen. Ich möchte deutlich machen, dass wir Grüne „verortet“ sind. Wer Grün wählt, der unterstützt*

- ✓ *neue zukunftsfähige Arbeitsplätze in Bildung, Gesundheit, Umwelt und Soziales*
- ✓ *Investitionen in Bildung, Kultur und Sport statt in Beton*
- ✓ *soziale Teilhabe für alle vor Ort*
- ✓ *dezentrale erneuerbare Energien und kommunalen Klimaschutz*
- ✓ *eine Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge*
- ✓ *sichere und umweltverträgliche Mobilität für alle Menschen*
- ✓ *eine aufgabengerechte und krisenfeste Finanzausstattung der Städte und Gemeinden*
- ✓ *passgenaue Lösungen für Städte und Gemeinden im demografischen Wandel*
- ✓ *bürgerschaftliches Engagement*

*Wie immer hoffe ich auf Euer/Ihr Interesse und verbleibe*

*mit herzlichen Grüßen*

A handwritten signature in black ink, reading 'Britta Hasselmann'. The signature is written in a cursive, flowing style.

*Britta Hasselmann*

# Grün verortet im neuen grünen Gesellschaftsvertrag<sup>1</sup>

Gerade in der Wirtschaftskrise zeigt sich die elementare Bedeutung kommunaler Daseinsvorsorge. Die Menschen müssen auch in Zukunft auf ein verlässliches und bezahlbares Angebot von kommunalen Dienstleistungen, Infrastrukturen, sozialer Fürsorge, Arbeitsförderung und Betreuungs- und Bildungsangeboten vertrauen können. Lokale Infrastruktur ist selbst zu einem Wirtschaftsfaktor geworden. Eine verlässliche kommunale Sicherung aller grundlegenden Lebensbereiche von der frühkindlichen Bildung bis zur Gesundheitsversorgung, vom Öffentlichen Personennahverkehr bis zur Wasserversorgung, der Bildung und der sozialen Fürsorge wird auch in Zukunft ein entscheidender Standortfaktor sein. Deshalb muss gerade die Krise als Chance genutzt werden, diese Standortqualitäten zu sichern und zukunftsfähig zu gestalten. Angesichts eines kommunalen Investitionsstaus von rund 700 Mrd. Euro bis 2020 sind die 10 Mrd. Euro aus dem Konjunkturpaket der großen Koalition nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Konjunkturmilliarden für die Kommunen fließen zwar zum Teil in die energetische Sanierung von Schulen, dürfen jedoch nicht in die Qualität der Bildung, in erneuerbare Energien und nachhaltigen Verkehr investiert werden - also im Zukunftsbereiche, in denen wir enormen Nachholbedarf haben. Unser Wahlprogramm „Der neue grüne Gesellschaftsvertrag“ hat dazu mehr zu bieten:

## Was wir wollen:

### Mit dem Green New Deal Arbeitsplätze vor Ort sichern

Die Krise zwingt uns, Wirtschaft und Umwelt endlich zusammen zu denken. Wir wollen die Industrie stärken, die Klimakatastrophe verhindern und dabei in den kommenden vier Jahren eine Million neue Jobs schaffen. Die große Koalition wirft planlos mit Milliarden um sich. Programme wie die Abwrackprämie nutzen weder der Industrie noch unserer Umwelt. Was jetzt nötig ist, ist eine strategische und nachhaltige Wirtschaftspolitik, die Wirtschaft, Soziales und Umwelt verbindet und die neue Arbeitsplätze mit Zukunft schafft.

Die Weichen auf Grün stellen heißt 1.000.000 neue Jobs, die in den Städten und Gemeinden entstehen, durch Investitionen in Bildung, Energie, Gesundheit, Soziales:

- 400.000 neue Jobs durch ökologische Modernisierung in den Bereichen Erneuerbare Energien, Gebäudesanierung, ökologische Landwirtschaft, nachhaltige Mobilität und Abfall- und Wasserwirtschaft
- 185.000 neue Jobs durch Bildungsinvestitionen als Zukunftsinvestitionen für ErzieherInnen, Fach- und Lehrkräften an Schulen und Hochschulen
- 150.000 neue Jobs in den Gesundheits- und Pflegeberufen durch Investitionen in ein sozial gerechtes Gesundheitssystem
- 60.000 neue Jobs bis 2013 im sozialen Arbeitsmarkt, um durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigung dauerhaft Langzeitarbeitslose vor sozialer Ausgrenzung zu bewahren. Dies ist ein erster Schritt: Perspektivisch sollen 400.000 neue Jobs im sozialen Arbeitsmarkt entstehen.

---

<sup>1</sup> Da viele Bereiche der Bundespolitik unmittelbar vor Ort wirken, sind die nachfolgenden Handlungsfelder aus unserem Bundestagswahlprogramm exemplarisch, keinesfalls abschließend zu betrachten.

- 200.000 neue Jobs durch den Abbau von Schwarzarbeit, indem wir durch unser Progressivmodell kleine Einkommen von den Sozialbeiträgen entlasten und einen Mindestlohn von wenigstens 7,50 Euro einführen wollen.

### **Bildung statt Beton**

Damit Bildung nicht weiterhin vom Geldbeutel abhängt, brauchen wir Investitionen in die Köpfe und die Talente. Die grüne Bildungsoffensive muss verortet werden. Zu Recht sagt ein afrikanisches Sprichwort: Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind großzuziehen. Für uns heißt das, dass Eltern, außerschulische Einrichtungen, Jugendhilfe, Kultur, Sport, ehrenamtlich Engagierte und Unternehmen Kinder und Jugendliche stärken und unterstützen müssen.

Vor Ort wollen wir die Kinder früh fördern. Dafür brauchen wir bundesweit gültige Betreuungsstandards und endlich einen Rechtsanspruch auf eine qualitativ hochwertige und vor allem ganztägige frühkindliche Betreuung und Bildung für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr und ein flächendeckendes, hochwertiges Angebot an Kitas und echten Ganztagschulen.

Das frühe Aussortieren und Ausgrenzen der Kinder muss ein Ende haben, deshalb wollen wir, dass alle Kinder mindestens bis zur 9. Klasse gemeinsam lernen. Außerdem wollen wir, dass der gemeinsame Unterricht von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung zur Regel wird.

### **Armut verhindern - sozial verortet echte Teilhabe ermöglichen**

Wir wollen niemanden in unserer Gesellschaft zurücklassen und den sozialen Zusammenhalt vor Ort sichern. Dazu brauchen wir eine zukunftsorientierte Sozial- und Arbeitsmarktpolitik:

- die mit **Qualifizierung und Weiterbildung** Menschen, die arbeitslos sind, neue Chancen eröffnet und gleichzeitig den in vielen Branchen entstehenden Fachkräftemangel entgegenwirkt. Wir wollen im Jahr 100.000 Menschen qualifizieren und weiterbilden.
- für Langzeitarbeitslose ohne Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt perspektivisch 400.000 Stellen im **Sozialen Arbeitsmarkt** schaffen. Dabei sollen sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigungsverhältnisse im Bereich Stadtteilarbeit und der kommunalen Kulturarbeit, bei der ergänzenden Unterstützung älterer Menschen im Haushalt, als Assistenz und Unterstützung in Kitas oder Schulen, aber auch in Bereichen wie sanfter Tourismus und Naturschutz entstehen.
- **Integration** schaffen über gleiche Rechte und Teilhabe. Deshalb wollen wir die frühe sprachliche Integration fördern und das Prinzip der Nachrangigkeit für Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt abbauen. Dazu gehört auch eine großzügige Bleiberechtsregelung für langjährig hier lebende Menschen, die bislang nur geduldet wurden.
- die mit **überbetrieblichen Zentren** das bestehende Duale Ausbildungssystem um eine dritte Säule erweitert (Dual plus). Dies schafft zusätzliche und qualifizierte Ausbildungs- und Arbeitsplätze vor Ort.
- die **Wunsch- und Wahlrechte** bei der Berufswahl, bei der Auswahl der Qualifikations- und Fortbildungsangebote gewährt
- eine **existenzsichernde Grundsicherung** mit einem Regelsatz von 420 Euro für Betroffene und verbesserte Zumutbarkeitsregeln und Hinzuverdienstmöglichkeiten

- eine **Kindergrundsicherung**, die jedes Kind entsprechend seiner individuellen Bedürfnisse fördert und vor materieller Armut schützt.
- eine solidarische **Garantierente**, die vor Altersarmut schützt

Vor Ort wollen wir eine sozialpolitische Infrastruktur aufbauen, die ein selbstbestimmtes Leben und Teilhabe aller Menschen möglich macht. Konkret heißt das:

- Den **Ausbau unserer Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur** wollen wir nicht nur mit Investitionen in Gebäude, sondern auch mit der Qualifizierung des dafür benötigten Personals vorantreiben.
- **Vernetzte Bildungsinstitutionen:** Um den Übergang von der Kindertagesstätte in die Schule zu verbessern wollen wir enge Kooperation zwischen beiden Institutionen. Krippen und Kitas sollen sich zu Eltern-Kind-Zentren weiterentwickeln, in denen alle für Kinder und ihre Eltern notwendigen Unterstützungsangebote unter einem Dach verfügbar sind.
- selbstbestimmt organisierte Räume und Projekte für Jugendliche, um der **Jugend mehr Mitsprache und Beteiligungsmöglichkeiten** zu geben.
- **Dezentrale Arbeitsmarktpolitik:** Die sozialpolitischen Kompetenzen der Kommunen sollen zukünftig in dezentral organisierten Jobcentern mehr zu Geltung kommen. Nicht nur in den ARGEN sollen Kommunen mehr Entscheidungsmöglichkeiten erhalten: Sie sollen die Betreuung von Langzeitarbeitslosen auch allein durchführen können (Optionskommunen).
- Differenzierte und auf viele unterschiedliche Lebenssituationen ausgerichtete **Angebote für Ältere** wie z.B. das generationenübergreifende Zusammenleben sowie neue Wohn- und Pflegeformen wie Haus- oder Siedlungsgemeinschaften, ambulante Hilfen und Unterstützungsangebote.
- **Alten- und behindertenfreundliche Kommunen** mit einem gut ausgebauten und tatsächlich barrierefreien öffentlichen Nahverkehr, kulturellen Angeboten und einer erreichbaren Gesundheitsinfrastruktur. In der Betreuung und Pflege folgen wir dem Grundsatz „ambulant vor stationär“.
- Die **Attraktivität und gesellschaftliche Anerkennung der Pflegeberufe** steigern und die Finanzierung der Ausbildung verbessern, um dem Fachkräftemangel in der Pflege und in Gesundheitsberufen zu begegnen.

### **Kultur und Sport in Stadt und Land**

Die kulturelle Infrastruktur in Deutschland bröckelt schon heute an allen Ecken und Enden, nicht nur in der baulichen Substanz. Der zunehmenden Verödung der Innenstädte setzen wir die Idee einer Stadtkultur entgegen, die auf öffentliche Räume, Vielfalt und Begegnung setzt. Wir wollen eine Stadt, in der innerstädtisches Wohnen, phantasievolle Umnutzungen im Gebäudebestand, Denkmalschutz, die Rückeroberung von Industriebrachen, die Gestaltung öffentlicher Räume und baukulturelle Qualität in den Vordergrund rücken.

Kunst und Kultur müssen alle erreichbar sein. Dörfer und der ländliche Raum dürfen nicht zu Zonen der kulturellen Ödnis werden. Gerade junge Menschen brauchen öffentliche Räume für ihre Kreativität. Sie müssen stärker finanziert werden. Kulturelle Einrichtungen – von der Bibliothek bis zum Probenraum – sollen allen offen stehen. Deshalb wollen wir hier die Infrastruktur investieren und die kulturelle Teilhabe und kulturelle Bildung attraktiv machen.

Kultur heißt auch Sportkultur. Sie stärkt das Miteinander in allen Altersgruppen. Deshalb wollen wir eine neue Offensive beim Bau und Umbau von Sportstätten, und wir brauchen mehr Sportgelegenheiten in einer spiel- und bewegungsfreundlichen Umwelt.

### **Zukunft vor Ort ist erneuerbar**

Wir wollen bis 2040 in Deutschland 100 Prozent der Energie aus erneuerbaren Quellen bereitstellen, in der Stromerzeugung wollen wir dieses Ziel schon bis 2030 erreichen. Wir wollen Weg von Öl, Kohle und Uran durch dezentrale erneuerbare Energien. Damit schaffen wir Arbeitsplätze vor Ort und sorgen dafür, dass wir in den Städten wieder atmen können.

Nach dem Boom beim Strom muss nun der Boom bei der Wärme folgen. Wir wollen Bioenergiedörfer fördern und ein Wärmegesetz, das auch im Gebäudebestand die Nutzung Erneuerbarer Energien vorgibt. Die Effizienz von Heizungsanlagen muss optimiert und der Einsatz Erneuerbarer Energien und von Abwärme verpflichtend werden. Für die umweltfreundliche Kraft-Wärme-Kopplung wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern und ihren Anteil bis 2020 an der Stromerzeugung auf 30 Prozent erhöhen (Quotenmodell).

Wir wollen eine Verpflichtung zur Nachrüstung aller Gebäude auf mindestens 20 Prozent erneuerbare Wärme bis 2020, weil das auf Dauer Kosten spart und die Warmmieten senkt. Damit die Umstellung heute bereits bezahlbar wird, wollen wir ein Finanzprogramm für die energetische Gebäudesanierung, das Hausbesitzern auch direkte Zuschüsse bietet.

### **... und sozial gerecht**

Mit einem Energiesparfonds, der jährlich mit mindestens zwei Milliarden Euro ausgestattet wird, wollen wir besonders finanziell Schwächeren helfen, Strom und Wärme einzusparen und so die Energiekosten zu senken. Wir wollen Programme zur energetischen Sanierung von Wohngebäuden in Stadtteilen mit einem hohen Anteil einkommensschwacher Haushalte und zum Austausch teurer und umweltschädlicher Stromheizungen finanzieren.

### **Wasser, Energie und Abfall nachhaltig verorten**

Jeden Tag wird in Deutschland eine Fläche von 113 Hektar oder 161 Fußballfeldern neu versiegelt. Wir GRÜNE wollen den Flächenverbrauch bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag begrenzen und langfristig ganz stoppen. Dazu wollen wir Flächenrecycling und Umnutzungen im Bestand attraktiver machen und ein Flächenmonitoring einführen.

Entsiegelung ist auch eine Frage sauberen Trinkwassers und eines funktionierenden Wasserkreislaufs. Wasser ist keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss. Wir wollen keine Privatisierung der Wasserversorgung, sondern werben für die Rekommunalisierung der umweltbezogenen Daseinsvorsorge.

Auch die Energienetze gehören in die Hand einer konzernunabhängigen Deutschen Netzgesellschaft mit staatlicher Mehrheitsbeteiligung und Regulierung. Nur so sichern wir den diskriminierungsfreien Zugang für die Erneuerbaren Energien. Auf der Verteilnetzebene ist das am besten von bürgernah orientierten kommunalen Stadtwerken leistbar.

Das duale System, der grüne Punkt, hat sich nicht bewährt und gehört abgeschafft. Stattdessen setzen wir auf eine regionale Kreislaufwirtschaft. Durch die Einführung einer Ressourcenabgabe wollen wir weg von der Abfallpolitik und hin zu einer Politik, die ressourcenschonendes Wirtschaften initiiert, langlebige Produkte fördert und regionale Wirtschaftskreisläufe unterstützt.

## **Mobilität sozial verortet**

Eine mobile Gesellschaft braucht nicht neue Straßen, sondern neue Wege. Mit dem Programm »Vision Zero« wollen wir die Zahl der Verkehrstoten auf Null zu reduzieren. Damit möglichst alle Menschen mobil sein können und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, wollen wir den ÖPNV barrierefrei gestalten und die Voraussetzungen für die Einführung von Sozialtickets schaffen.

Unser Ziel ist die kombinierte Mobilität aus Fuß- und Radverkehr, Bus und Bahn, Taxi und Car Sharing in der Stadt der kurzen Wege, die mit wenig Autoverkehr auskommt. Um die Städte und Gemeinden zu unterstützen, die den Autoverkehr reduzieren, wollen wir Tempo 30 als innerörtliche Regelgeschwindigkeit mit Ausnahmen für Hauptverkehrsstraßen einführen. Gemeinschaftsstraßen (»Shared Space«) wollen wir mit Modellprojekten unterstützen und die Voraussetzungen für Car Sharing im öffentlichen Straßenraum und für City-Maut-Modelle schaffen.

Bundesmittel für neue Straßen wollen wir verstärkt in den Ausbau der Schiene lenken. Für mehr und besseren Verkehr mit Bahnen und Bussen wollen wir zusätzlich zwei Milliarden Euro einsetzen. Auch in ländlichen Regionen muss Bewegungsfreiheit und Teilnahme am öffentlichen Leben ohne Abhängigkeit vom eigenen Auto möglich sein. Der öffentliche Verkehr muss daher auch dort ein verlässliches Angebot bieten, kombiniert mit neuen Angeboten wie Bürger- und Rufbussen. Der Schülerverkehr soll ebenfalls durch eine bessere Finanzausstattung sicherer und attraktiver werden.

## **Kommunaler Klimaschutz**

Wir brauchen nachhaltige Städte und Regionen, deren Infrastrukturen an den Klimawandel angepasst werden müssen. Darum sind integrierte kommunale Klimaschutzkonzepte gefordert mit klaren Zielvorgaben zur CO<sub>2</sub>-Reduktion. Um den Kommunen mehr Handlungsspielraum beim Klimaschutz zu ermöglichen, wollen wir das Baugesetzbuch und das Vergaberecht reformieren und so unter anderem Vorgaben für Energiestandards und die Nutzung Erneuerbarer Energien rechtlich absichern.

## **Die Basis muss stimmen - Was zur Erreichung dieser Ziele notwendig ist:**

### **Revival der Kommunen – Finanzausstattung aufgabengerecht sicherstellen**

Wir möchten ein „Revival“ der Kommunen. Denn vor Ort sind die Menschen und ihre Ideen, um die Probleme anzugehen und Demokratie zu leben. Sie müssen dazu allerdings die rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten haben:

- Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung ausbauen und ihren Schutz vor staatlichen Eingriffen stärken. Wo Bundes- und Landeskompetenzen direkt berührt sind, setzen wir auf ein erweitertes Mitspracherecht der Kommunen. Wir wollen für die Kommunen ein in der Verfassung abgesichertes Anhörungsrecht in Gesetzgebungsverfahren schaffen.
- Die Kommunen brauchen zudem eine solide Finanzbasis, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Die Kluft zwischen armen und reichen Kommunen wird immer größer. Damit die Städte und Gemeinden ihre Leistungen auch qualitativ hochwertig für alle Bürgerinnen und Bürger erbringen können, muss ihnen eine finanzielle Mindestausstattung in der Verfassung gesichert werden.
- Der Bund muss wieder die Möglichkeit erhalten, den Kommunen Aufgaben zu übertragen und ihnen die dafür benötigten Finanzmittel direkt zukommen zu lassen.

- Das Konnexitätsprinzip muss auch im Grundgesetz verankert werden, damit nicht die Kosten von neuen Gesetzesvorhaben von Bund und Ländern auf die Kommunen abgewälzt werden.
- Wir halten an der Gewerbesteuer fest und wollen sie zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer weiterentwickeln.
- Die Grundsteuer soll künftig auf der Basis aktualisierter Bodenrichtwerte und nach Maßgabe der Flächeninanspruchnahme erhoben werden.

### **Kommunale Daseinsvorsorge sichern**

Wichtige öffentliche Güter und Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung oder Bildung, Mobilität, Internet, Müllabfuhr oder Wasser, müssen allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich sein. Leere Kassen und einseitige Wettbewerbsvorgaben erhöhen vielerorts den Druck auf die Kommunen ihre Leistungen zu privatisieren. Oft bedeutet dies, Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren, denn das Risiko trägt letztlich die Allgemeinheit.

Wir Grüne stehen für eine Stärkung und Weiterentwicklung verlässlicher und qualitativ hochwertiger öffentlicher Güter und Institutionen. Wir wissen, wie wichtig es ist, die politische Steuerungsfähigkeit der Kommunen, Transparenz und die demokratische Kontrolle sicherzustellen, wenn es um die Zukunft der Daseinsvorsorge geht. Wir unterstützen Städte und Gemeinden, die ihre Leistungen wieder selbst erbringen wollen. Dazu wollen wir die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen sichern, die interkommunale Zusammenarbeit fördern und auf europäischer Ebene mit einer Rahmenrichtlinie die Schutzbereiche der Daseinsvorsorge klarstellen.

### **Demografischer Wandel**

Der demografische Wandel stellt die kommunale Infrastruktur vor große Herausforderungen: Ost und West, Stadt und Land, Wachstumsregionen und dünn besiedelte Gebiete mit abwandernder Bevölkerung lassen sich nicht über einen Kamm scheren. Städte und Gemeinden sind der zentrale Ort der öffentlichen Daseinsvorsorge, hier zeigen sich der demografische und soziale Wandel unmittelbar. Wir setzen auf neue Kooperations- und Organisationsformen und die Entwicklung gemeinsamer Strategien vor Ort, um passgenaue Lösungen zu ermöglichen.

### **Demokratie braucht bürgerschaftliches Engagement**

Bürgerschaftliches Engagement ist kein Ersatz für staatliches Handeln, aber integraler Bestandteil des sozialen Miteinanders vor Ort. Die Städte und Gemeinden sind wichtige Keimzellen der demokratischen Gesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements. Wir wollen die Kommunen darin bestärken, diese Rolle offensiv wahrzunehmen. Wir wollen dieses Engagement stärken und dafür sorgen, dass es die notwendige Unterstützung bekommt. Menschen, die sich freiwillig und unentgeltlich engagieren, wollen wir fördern und diejenigen, die es nicht tun, den Zugang erleichtern. Wir brauchen verlässliche Rahmenbedingungen, wenig Bürokratie, sich öffnende Institutionen, Anerkennung und kompetente Anlaufstellen vor Ort.